

A n t r a g *)

der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Niemals wieder! Gedenkkultur in Rheinland-Pfalz fördern und erhalten

Das Gedenken an die Opfer von Krieg, Gewalt und Unterdrückung gehört zu den demokratischen Grundwerten des wiedervereinigten Deutschlands. Wir gedenken in Rheinland-Pfalz der Opfer zweier verheerender Weltkriege, der Opfer der menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus und der Opfer des DDR-Regimes.

Unvermindert stellt sich die Frage nach dem Stellenwert politischer Bildung im Gedenken an die Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Denn wir erleben aktuell, dass der politische Ton rauer wird, pauschale Verurteilungen, Gewalt und Ausgrenzung zunehmen. Die anwachsende Polarisierung und Radikalisierung unseres Meinungsklimas, die von interessierter parteipolitischer Seite weiter befeuert wird, schadet unserem Land. Besonders haben darunter Minderheiten zu leiden: Juden, Muslime, in einigen Fällen auch Christen, Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung ausgegrenzt, diskriminiert, bedroht und angegriffen werden. Dagegen müssen wir uns entschieden zur Wehr setzen, denn Minderheiten und vermeintlich Schwache dürfen nicht noch einmal Ziel des Hasses von menschenverachtenden Ideologien werden.

Aus diesem Grund müssen insbesondere junge Menschen in ihrem kritischen Urteilsvermögen und pluralistischen Demokratieverständnis weiter nachhaltig gestärkt werden, um rassistische und menschenverachtende Propaganda rechtzeitig entlarven zu können.

Politische Bildung und Gedenkkultur sind zwei untrennbare Grundpfeiler gegen das Vergessen, die es in besonderem Maße zu fördern und zu erhalten gilt. Der Landtag bekennt sich zu einer aktiven Gedenkkultur. Wesentliche Elemente sind hierzu für den Landtag die jährlichen Schulbesuchstage am 9. November, die Anknüpfungspunkte zur Reichspogromnacht 1938, den Hitler-Ludendorff-Putsch 1923, aber auch an die Novemberrevolution in Berlin 1918 und die Befreiung vom Unrechtsregime der DDR 1989. Die zweite Säule der Gedenkarbeit des Landtags ist die jährliche Sonderplenarsitzung anlässlich des Holocaust-Gedenktags am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz.

Unter dem nationalsozialistischen Regime sind in der Zeit von 1933 bis 1945 Millionen Menschen jüdischen Glaubens verfolgt, vertrieben und ermordet worden. Teil der nationalsozialistischen Rassenideologie war neben dem beispiellosen Mord an den europäischen Juden die Erfassung, Verfolgung und Ermordung von Menschen mit Behinderungen sowie psychisch erkrankten Menschen. Politische Gegnerinnen und Gegner, engagierte Streiter gegen das Unrechtsregime aus den Reihen der Kirchen, Homosexuelle, Sinti und Roma und Zeugen Jehovas wurden ebenfalls verfolgt, inhaftiert und in vielen Fällen auch ermordet.

Auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz wurden Menschen getötet, vertrieben und Zwangsarbeit unterworfen. Die beiden Weltkriege haben in unserem Bundesland ihre Zeichen und Narben hinterlassen. Davon zeugen noch heute zahlreiche

*) Dieser ersetzt den Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
– Drucksache 17/5409 –.

Orte im Land. Teilweise sind sie Gedenkstätten und Orte der Mahnung an die nachfolgenden Generationen, teilweise wird ihre Geschichte erst heute aufgearbeitet. Diese Orte, als sichtbare Zeichen der Erinnerung, als Gedenk- und Bildungsorte, sind ein wichtiger Bestandteil der Gedenkarbeit und -kultur im Land.

Dass es vielerorts in Rheinland-Pfalz eine Auseinandersetzung und Aufarbeitung mit und von der menschenverachtenden, nationalsozialistischen Terrorherrschaft gab und gibt, ist vielen Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, die ehrenamtlich und zum Teil gegen Widerstände kämpfend, die Vergangenheit nicht haben ruhen lassen, sondern die aktive Auseinandersetzung und das Gedenken gesucht haben.

Der Landtag begrüßt:

- das Engagement sowohl der Landeszentrale für politische Bildung, der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen im Land für die Ausarbeitung und Umsetzung weiterer Gedenkstättenkonzeptionen;
- den wesentlichen Beitrag der NS-Dokumentationszentren in Osthofen und Hinzert und der NS-Gedenkstätte Neustadt zur Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz und damit gegen das Vergessen und Verdrängen;
- das Engagement sowohl der Landeszentrale für politische Bildung als auch der betroffenen Kommunen für die Ausarbeitung und Umsetzung einer Gedenkarbeitskonzeption für das ehemalige KZ-Außenlager Cochem;
- das breite und über Jahre aufgebaute Angebot an politisch-historischer Bildung der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz, das auch einen wichtigen Beitrag zur Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz leistet;
- das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürgerinnen und Bürger in Vereinen und Arbeitskreisen für eine lebendige Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz sowie den Beitrag der Kirchen zum Gedenken an den Holocaust und zur Aussöhnung mit Jüdinnen und Juden;
- das breite Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und dem Land zur Erhaltung historischer Orte jüdischen Lebens in unserem Land, wie z. B. ehemalige Wohnhäuser jüdischer Mitbürger, zerstörte Synagogen und jüdische Friedhöfe;
- die Einrichtung der Stiftung „Grüner Wall im Westen – Mahmal ehemaliger Westwall“ und die Schaffung der damit verbundenen Erinnerungsorte;
- den Erhalt und die Pflege von Soldatenfriedhöfen und Kriegsmahnmalen als Erinnerung und Mahnung vor den Folgen des Krieges;
- die Initiative „Stolperstein“, die im öffentlichen Raum Verfolgung und Deportation in ganz Rheinland-Pfalz sichtbar werden lässt;
- die Kooperation mit benachbarten Ländern im Hinblick auf Schüler- und Lehrerbegegnungen, auch im Kontext von Gedenkorten;
- dass die Vereinbarung einer Bildungsk Kooperation zwischen Rheinland-Pfalz und Israel nicht nur die Bereiche schulische und universitäre Bildung, Schüler- und Studierendenaustausch sowie Lehrkräftefortbildung, sondern insbesondere auch Menschenrechtserziehung und Gedenkstättenpädagogik umfasst;
- die fortgesetzte Verankerung von Erinnerungs-, Zeitzeugen- und Gedenkstättenarbeit sowie die Auseinandersetzung mit totalitären Diktaturen und menschenverachtenden Ideologien in Lehrplänen aller weiterführenden Schulformen und in der schulischen Praxis als unverzichtbare „Präventionsarbeit für Demokratie“;
- die Kooperation der Stiftung „Erinnern ermöglichen“ mit dem Bildungsministerium, damit Gedenkstättenfahrten an zentrale europäische Gedenkorte für Schülergruppen unterstützt werden können;
- den Beitrag zur Gedenkkultur, den „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und „Stadt ohne Rassismus – Stadt mit Courage“ mit ihren jeweiligen Konzepten vor Ort leisten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Landeszentrale für politische Bildung bei der politischen Arbeit weiter zu unterstützen, die Gedenkkultur in Rheinland-Pfalz durch weitere Förderung zu erhalten und bei Bedarf auf Grundlage entsprechender Forschungsarbeit auszubauen;
- Bemühungen von Bildungsseite und der Gedenkstätten zu unterstützen, neue Wege der Vermittlung und der Kommunikation zu gehen, angesichts dessen, dass unsere Gesellschaft heterogener wird, der zeitliche Abstand zum Nationalsozialismus wächst und die Zeitzeugengeneration langsam schwindet;
- das ehrenamtliche Engagement im Bereich der Gedenkkultur aktiv zu unterstützen;
- historische Gedenkorte an den Holocaust, Krieg und nationalsozialistischer Gewaltherrschaft weiterhin nachhaltig zu pflegen und zu erhalten;
- die Verankerung von Gedenkarbeit in den Schulen und deren Zusammenwirken mit historischen Orten und Zeitzeugen durch die Tätigkeit der bundesweit einmaligen Zeitzeugenkoordinierungsstelle am Pädagogischen Landesinstitut weiter zu unterstützen und die umfangreiche Förderung von Gedenkstättenbesuchen und historisch-demokratiebildenden Projekten beizubehalten.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
der CDU:
Martin Brandl

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer

